

Analyse

Das politische System Russlands steht bei der Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskrise enormen Herausforderungen gegenüber

Robert Orttung, Washington

Zusammenfassung

Der jüngste Fall der Ölpreise und die weltweite Wirtschaftskrise stellen schwerwiegende Probleme für das politische System Russlands dar. Die Machtkonzentration ermöglicht der russischen Führung ein schnelles Reagieren. Es ist jedoch unklar, ob die Führungsriege ohne die Unterstützung eines breiten sozialen Spektrums in der Lage sein wird, adäquate Maßnahmen zu ergreifen und erfolgreich umzusetzen.

Die weltwirtschaftliche Situation bedroht Russland

Das politische System in Russland wird durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise schwer auf die Probe gestellt. Die gegenwärtige Führung legitimiert sich durch Selbstdarstellung. Premierminister Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedjew sind auf eine konstante steigende Lebensqualität der Bevölkerung angewiesen, um die Stabilität des von Putin installierten politischen Systems erhalten zu können. Im Grunde genommen haben die russischen Führungsfiguren mit der Bevölkerung einen Gesellschaftsvertrag geschlossen, der besagt, dass die allgemeinen Lebensbedingungen im Austausch gegen die unumschränkte Macht und den Reichtum eines kleinen Elitenzirkels verbessert werden. Mit der Durchsetzung der globalen Finanzkrise ändert sich die Situation. Das Wirtschaftswachstum wird geringer oder kommt zum Stillstand und die von den Russen erwartete Stabilität sowie der allmähliche Fortschritt sind bedroht. Ob die russische Führung in der Lage sein wird, ihre Legitimität bei sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen zu wahren, ist eine offene Frage. Vom Protest auf der Straße abgesehen, haben die gewöhnlichen Russen natürlich keine Möglichkeit, das politische System direkt zu beeinflussen.

Der Rhetorik der russischen Führungsriege zum Trotz – laut der Russland von der Krise nicht im gleichen Maße wie andere Länder betroffen ist – schlägt sich der weltweite Abschwung in Russland in zweifacher Art und Weise nieder. Sein erster und offensichtlichster Niederschlag in Russland ist der rasante Fall des Ölpreises von fast 150 Dollar pro Barrel im Juli auf unter 65 Dollar am 24. Oktober. Russland kann den Ölpreis auf dem Weltmarkt nicht selbst beeinflussen, ist von seinen Hochs und Tiefs jedoch stark betroffen. Im Unterschied zu den meisten westlichen Staaten ist Russland Energieexporteur und stark vom Verkauf von Öl und Erdgas abhängig. Energieverkäufe machten 2006 annähernd 65 Prozent der russi-

schen Exporte und 2005 37 Prozent der Staatseinnahmen aus. In den letzten Jahren finanzierte Russland die dramatische Steigerung der europäischen Importe über Einnahmen aus dem Ölverkauf. 2007 exportierte Russland Energie und Rohstoffe im Wert von 143,5 Milliarden Euro in die Europäische Union, während die EU im gleichen Jahr Industriegüter (Maschinen, Transportmittel und Ausrüstungen), Nahrungsmittel und lebende Tiere im Wert von 89 Milliarden Euro nach Russland verschiffte.

Der laufende russische Staatshaushalt basiert auf der Annahme, dass das Erdöl für 70 Dollar pro Barrel verkauft wird. Bleiben die Preise dauerhaft unter diesem Niveau, werden Haushalt und Handelsbilanz ins Minus fallen. Außerdem steht der Rubel, dessen Anstieg gegenüber dem Dollar als Zeichen einer starken Position Russlands gegenüber den USA angepriesen wurde, enorm unter Druck. Russland ist dabei, die 500 Milliarden Dollar Barreserven, über die es verfügt, um den Problemen zu begegnen, schnell durchzubringen.

Das zweite Problem ist, dass die internationale Kreditkrise sich in Russland deshalb stark niederschlägt, weil viele Banken und Rohstoffproduzenten schwer verschuldet sind. Nun, da die Kreditquellen versiegen, sind die Unternehmen nicht länger in der Lage, zu operieren und es deuten sich für die Zukunft ein Abbau von Arbeitsplätzen und niedrigere Löhne an – ein Szenario also, von dem die ganz internationale Gemeinschaft heimgesucht wird. Immobilienunternehmen und Einzelhandel sind in Russland bereits in der Krise.

Die Ineffizienz der politischen Zentralisierung

Seit Putin an der Macht ist, hat er ein staatskapitalistisches System installiert. Er hat versucht, die Macht der mächtigsten russischen Unternehmer so weit wie möglich einzuschränken. Nachdem er zwei der während der Jelzin-Ära dominantesten Oligarchen ins Exil

getrieben und einen dritten inhaftiert hatte, lenkte der Rest der ökonomischen Elite ein. Zur gleichen Zeit brachte Putin Schlüsselbereiche der Wirtschaft nach deren Privatisierung in den 1990er Jahren zurück unter staatliche Kontrolle, vor allem den Ölsektor und Schlüsselbereiche der verarbeitenden Industrie wie die Automobilbranche. Die globale Finanzkrise ermöglicht es, die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft noch stärker auszuweiten. In stärkerem Maße als anderswo ist die russische Wirtschaft in den Händen von einigen wenigen Einzelpersonen konzentriert. Viele der bekanntesten Unternehmer sind derzeit auf staatliche Rettungsaktionen angewiesen und müssen, um ihre Existenz zu sichern, immer mehr Kontrolle über ihren Besitz an den Staat abtreten. Mehrere Oligarchen haben über 60 Prozent ihres Nettovermögens verloren und hoffen nun, Zugang zu einem Teil der 200 Milliarden Dollar Regierungsunterstützung zu bekommen, die Ministerpräsident Putin über die Vneshekonombank zu verteilen plant, wo er Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Die immer weiter anwachsende staatliche Kontrolle über die Wirtschaft droht, die Effizienz der russischen Unternehmen beschneiden. Die Unfähigkeit staatlicher Unternehmen, effizient zu arbeiten, wurde bereits offensichtlich, als der Staat anfang, unter den Firmen des Ölsektors eine größere Rolle zu spielen. Tatsächlich hatte das Investitionskapital schon viele Monate bevor das Ausmaß der Krise im Herbst sichtbar wurde, begonnen zu fliehen, hauptsächlich aus der Sorge heraus, dass Russland nicht in der Lage sein würde, sein gegenwärtiges Level der Energieproduktion zu halten. Seit Mai ist der russische Aktienmarkt konstant im Fall begriffen.

Die wachsende staatliche Dominanz über die Wirtschaft bereitet einem Anstieg der Korruption einen fruchtbaren Boden. Im von *Transparency International* herausgegebenen *Corruption Perceptions Index* liegt Russland von 180 untersuchten Ländern an 147. Stelle. Die Unfähigkeit, der immer stärker um sich greifenden Korruption zu begegnen, ist das Haupterbe, das Präsident Putin seinem Nachfolger hinterlassen hat. Bei seiner Amtsübernahme versprach Medwedjew, sich der Angelegenheit anzunehmen, genauso wie des »rechtlichen Nihilismus«, der mit ihr einherging.

Putin hat sich nicht nur darum bemüht, die Wirtschaft zu kontrollieren. Er dehnte sein Regierungsmodell auf alle Bereiche des russischen Lebens aus. Er unterband Pluralismus bei den russischen Wahlen, beschnitt scharf die freie Meinungsäußerung in den

Medien, reduzierte zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten und sorgte dafür, dass die Erfolgsaussichten von Kampagnen zur Bekämpfung der Korruption extrem gering sind. Das Ergebnis dieser Politik besteht vor allem in einer entscheidenden Reduzierung der Möglichkeiten, die Probleme, vor denen Russland im Moment steht, von unten zu lösen. Bei der Beschäftigung mit der derzeitigen Krise werden die russischen Führungsriege politische und intellektuelle Ressourcen an der Spitze des Systems einbinden müssen.

Manipulierung der Wahlen

In Russland hat sich kein System entwickelt, anhand dessen die Macht an eine andere Person übertragen wird. Die Parlamentswahlen vom Dezember 2007 und die Präsidentschaftswahlen vom März 2008 waren zu weiten Teilen staatlich organisierte Veranstaltungen mit vorab festgelegten Ergebnissen. Aus Furcht vor einem weiteren negativen Bericht wurden in Russland Bedingungen geschaffen, die es der OSZE unmöglich machten, die Wahlen effektiv zu beobachten. Das Wahlsystem erfüllt hier nicht die Funktion, die es in einer gesunden Demokratie hat – neue Führungspersonen und Ideen hervorzubringen. Die Kontrolle der Wahlen erstreckte sich bis auf regionale Ebene. Putin sagte 2004 die direkten Gouverneurswahlen ab und schuf dadurch die gegenwärtige Lage, in der die Gouverneure eher dem Kreml als ihren Verfassungen zu dienen versuchen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Situation in St. Petersburg. Die dortige Gouverneurin Valentina Matwienko ist seit mehr als fünf Jahren im Amt. Seit die Jabloko-Partei aus formalen Gründen von den Petersburger Parlamentswahlen ausgeschlossen wurde, gibt es kaum öffentliche Kritik an der Politik der Gouverneurin. Das öffentliche Leben ist gekennzeichnet durch mangelnde Redefreiheit, politische Homogenität und Unterwürfigkeit gegenüber Putin. Nicht anders sieht die Situation bei den regionalen Parlamentswahlen aus. Die letzte Runde der Regionalwahlen fand am 12. Oktober statt und *de facto* war Parteien, die in der Staatsduma nicht vertreten sind, auch die Teilnahme auf regionaler Ebene nicht erlaubt. Die kremlnahe Partei »Einiges Russland« dominierte die Wahlen. Der Kreml sorgt dafür, dass sämtliche alternativen Parteien von der Bildfläche verschwinden und die Regionalparlamente voller Parteiloyalen werden nicht zu viel mehr in der Lage sein, als Anweisungen aus Moskau weiterzureichen. Solche Dienstfertigkeit wird in Zeiten der wirtschaftlichen Krise nicht besonders nützlich sein, wie Niko-

Iai Petrow vom Moskauer Carnegie Center jüngst in einer Analyse hervorgehoben hat. Mit ihrer geringen Anbindung an die Gesellschaft vor Ort sind diese Abgeordneten nicht in der Lage, für Ideen und Interessen der Lokalbevölkerung einzutreten.

Verkümmerte Zivilgesellschaft

Die von Putin betriebene Konzentration der politischen Kräfte hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft zunehmend verringert. Was eine Brutstätte neuer politischer Ideen sein könnte, wurde weitgehend zum Schweigen gebracht. Aufgrund der umfassenden Kontrolle der Wahlen durch den Kreml bekommen kremlunabhängige Parteien eine immer kleiner werdende gesellschaftliche Rolle zugesprochen. Die Opposition ist im Großen und Ganzen bedeutungslos geworden.

Das jüngste Beispiel dafür ist das Verschwinden der »Union der Rechten Kräfte« (SPS). Am 2. Oktober beschloss ihr politischer Rat, die Partei in ihrer gegenwärtigen Form aufzulösen, ihren oppositionellen Charakter aufzugeben und sich mit verschiedenen anderen kleineren Parteien zu der liberalen »Pro Kreml Partei« zu vereinigen. Mitte Oktober waren in Russland 14 Parteien registriert; vor zwei Jahren waren es noch 35 gewesen. Der neue Vorsitzende von SPS Leonid Gosman sagte gegenüber dem Radiosender Echo Moskw, es sei »unter dem bestehenden totalitären Regime unmöglich, eine Partei zu gründen ohne mit der Obrigkeit zu kooperieren.« SPS hat keine unabhängigen Finanzierungsquellen mehr, so dass ihr früherer Chef aufgeben musste. Die Partei hat in den letzten Jahren wenig Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten und war im Parlament nicht mehr vertreten. In Russland gibt es nun im Wesentlichen ein Eineinhalbparteiensystem, das aus Putins Einiges Russland und einer Handvoll kleinerer Pro-Kremlparteien besteht.

Gleichzeitig wurden einige der interessantesten oppositionellen Gruppierungen, die in den letzten Jahren in der russischen Gesellschaft aufgetaucht sind, seit ihrem Erscheinen durch die Regierung kooptiert. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist Swoboda wybora (Freie Wahl), eine Vereinigung von Automobilfreunden, die in Reaktion auf die von der Regierung beabsichtigte Einführung des Verbots rechtsgelenkter Fahrzeuge gegründet wurde. Die Gruppe entwickelte sich zu einer sozialen Bewegung mit einer breiten Basis und entwickelte sich zu einer tatsächlichen Herausforderung der Legitimität der Regierungspolitik. Der Höhepunkt der von der Gruppe organisier-

ten Aktivitäten war ein landesweiter Protest gegen das beabsichtigte Verbot. Im Anschluss daran baute die Organisation eine Website auf, die Automobilisten aus dem ganzen Land zusammenbrachte. Die Phase des Graswurzelprotests der Gruppe erreichte ihren Gipfel in den Jahren 2005 und 2006; seitdem hat sich ihr Anführer Wjacheslaw Lysakow darauf verlegt, die Regierung von innen her zu beeinflussen. Inzwischen berät die Organisation die Regierung in Sachen Fahrzeugsicherheit und arbeitet nicht mehr als »Graswurzelopposition«.

Die Einschränkung der Medien

Im Bereich der Medien sieht es nicht besser aus. In einem Ranking von Reporter ohne Grenzen liegt Russland an 141. Stelle der 173 im »2008 Press Freedom Index« bewerteten Länder. Bewertet werden fortgesetzte Gewalt gegen und die Bedrohung von Journalisten. Die Weltwirtschaftskrise macht deutlich, dass der Staat weiterhin das Fernsehen kontrolliert und es dazu einsetzt, seine kurzfristigen politischen Ziele zu bewerben. Dies geschieht auf Kosten der Informationsfreiheit und einer fundierten Diskussion über die Herausforderungen, die die Krise an die russische Gesellschaft stellt.

Die staatlich kontrollierten und die an sie angegliederten Medien widmen sich detailliert der Finanzkrise im Rest der Welt, einschließlich der Maßnahmen, die von den ausländischen Regierungen ergriffen werden, um den Problemen zu begegnen. Eine Thematisierung ihrer schwerwiegendsten Auswirkungen auf Russland wird unterbleibt dagegen meist. Bei der Diskussion der Lage im eigenen Land vermeiden die Medien den Gebrauch von Ausdrücken wie »Krise« und »Kollaps«. So berichtete das staatliche Fernsehen beispielsweise nicht über den 19-prozentigen Fall des russischen Aktienmarkts am 6. Oktober. In Internetforen wird darauf hingewiesen, wie gern von offizieller russischer Seite die Probleme anderer Länder diskutiert werden, und wie ungern dagegen die eigenen. Unter Bedingungen wie diesen verliert die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Führung.

In gewisser Hinsicht konnte der Gebrauch des Internets die Razzia, die der Rest der Medien erlebt hat, kompensieren – indem es in häufiger Frequenz freiegeführte Diskussionen wichtiger politischer Themen zur Verfügung stellt. In Russland existieren 2,6 Prozent der weltweiten Blogs, die jedoch 11 Prozent der Zugänge auf sich vereinigen, was heißt, dass die russischen Internetbenutzer mehr schreiben als andere. Die russischen Schreiber haben im Durchschnitt auch

mehr Freunde als Blogger in den USA oder Europa – viele verfügen über mehr als 1000 solcher Links. Für viele Russen ist das Engagement im Internet die Hauptform gemeinschaftlicher Organisation, da ein Engagement in nichtvirtuellen Vereinen nicht sehr wahrscheinlich ist.

Obwohl Politiker häufig eine stärkere Kontrolle des Internets fordern, wurde dessen umfassende Überwachung noch nicht eingeführt. Im April stoppte Medwedjew ein Gesetz, das aufgrund des Tatbestands der üblen Nachrede die Auflösung von Redaktionen erlaubt hätte. Nichtsdestotrotz existieren Kontrollen: Ein Regierungsdekret verpflichtet alle Telefongesellschaften und Internetprovider, auf eigene Kosten Equipment zu installieren, das dem Inlandsgeheimdienst FSB unbeschränkten Zugang zu allen Formen der Kommunikation – Telefonate, SMS und Emails – verschafft, und dies ohne das Wissen von Anbietern oder Nutzern. Unter diesen Umständen steht es den Behörden also frei, Einzelpersonen zu verfolgen, das gesamte Internet können sie dagegen nicht kontrollieren.

Bedauerlicherweise muss das Internet die hohen Erwartungen derjenigen, die davon ausgegangen sind, dass die Onlineforen zu Offline-Lösungen politischer Probleme und zu politischen Aktionen führen würden, erst noch erfüllen. Das Internet bringt diejenigen zusammen, die ohnehin schon bereit sind, zusammen zu arbeiten. Ein indifferentes Publikum erreichen die meisten Seiten nicht. Das Internet tritt weniger als Forum der Graswurzelmobilisierung in Erscheinung, als dass es sich in ein gut funktionierendes Werkzeug des staatlichen Arsenal verwandelt hat, mit dessen Hilfe dieser seine Macht konsolidiert und Stabilisierungsbotschaften unter den Bevölkerungsteilen, die das Netz benutzen, verbreitet werden. Staatliche Propagandisten bezahlen Blogger und andere, um die Diskussion in oppositionellen Foren zu unterbinden, die sprachlich ausfällig werden und sabotieren oder zu verhindern suchen, dass gewisse Themen ein breites Publikum erreichen. Diese ziemlich ausgeklügelte Form der Manipulation vermeidet eine offene Zensur nach chinesischem Modell und erlaubt Russland, gegenüber auswärtigen Beobachtern darauf zu bestehen, die freie Meinungsäußerung zu respektieren. Die Regierung zollt dem gesamten Blogbereich eine Menge Aufmerksamkeit – Millionen von Dollar werden jedes Jahr aufgewendet, um ihn zu kontrollieren. Eine solche Aufmerksamkeit legt nahe, dass die Regierung ihn ziemlich ernst nimmt.

Die Korruption greift um sich

Bei seinem Amtsantritt erklärte Medwedjew die Bekämpfung der Korruption zu einer seiner Prioritäten. Eine neue Gesetzgebung, die die Regierung der Staatsduma zur Diskussion vorgelegt hat, enthält Definitionen von Korruption und Interessenskonflikt, wobei die letztere eher vage ausfällt. Die hauptsächlichste Neuerung des Gesetzes besteht darin, dass Angestellte des öffentlichen Dienstes und ihre Familien ihr Einkommen öffentlich darlegen müssen und nicht für Unternehmen arbeiten können, mit denen sie in den letzten zwei Jahren Geschäfte gemacht haben. Kritiker wie Georgij Satarow von der Stiftung *Indem* behaupten, die gegenwärtige Kampagne zur Korruptionsbekämpfung unterscheide sich nicht wesentlich von vorangegangenen und biete lediglich einer gesellschaftlichen Gruppe die Möglichkeit, einer anderen Geld abzunehmen. Das Gesetz sieht die Bestrafung derjenigen vor, die Bestechungen anbieten, nicht aber derjenigen, die bereit sind, sie anzunehmen. Darüber hinaus erwähnt es keine öffentlich zugänglichen Budgets. Und je intransparenter ein Budget ist, desto anfälliger ist es ja gewöhnlich auch für Korruption.

Ein jüngst veröffentlichter Bericht des St. Petersburger Instituts für die Entwicklung der Informationsfreiheit betont, dass eine wirksame Bekämpfung der Korruption in Russland nicht möglich ist, solange die Bürger keinen besseren Zugang zu Informationen über die Aktivitäten der staatlichen Institutionen haben. Weiterhin wird behauptet, dass interessierten Bürgern mit den gegenwärtigen Gesetzen trotz der regen Entwicklung der Gesetzgebung zur Informationsfreiheit keine rechtlichen Mittel und Mechanismen zur Verfügung stehen, um sich über die Aktivitäten offizieller Stellen zu informieren. Entsprechend stehen interessierte Einzelpersonen bei dem Bemühen, ihr Recht auf den Zugang zu derartigen Informationen in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen, laufend Problemen gegenüber. Sie sind derzeit nicht mit einem zufrieden stellenden Maß an Informationen versorgt. Ohne Zugang zu diesen Informationen besteht der Kampf gegen die Korruption jedoch nur aus hohlen Versprechungen.

Schluss

Das gegenwärtige russische Staatssystem hat das Potential, schnell auf die globale Finanzkrise zu reagieren. Die Macht ist konzentriert und diejenigen, die in Opposition zu ihr stehen, haben nur wenige Möglichkeiten, sich der Politik der Führungselite in den Weg zu stellen.

Die Frage, ob die Führung in der Lage sein wird, wirkungsvolle Lösungsmodelle zu entwickeln und durchzuführen, bleibt dennoch bestehen. Durch Machtkonzentration und die Unterbindung der Diskussion dieses Themas haben die russischen Machthaber sich einer frei geführten Debatte aller dieser Themen unter breiter sozialer Beteiligung beraubt. Es gibt

angesichts der geringen Effizienz vergangener staatlicher Interventionen in die Wirtschaft Gründe genug, um skeptisch zu sein, dass die momentane Führung in der Lage sein wird, die Probleme anzugehen und dabei gleichzeitig die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Robert Ortting ist Senior Fellow am Jefferson Institute (Washington) und Gastwissenschaftler am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich.

Analyse

»Problembär Russland«

... oder: Der Umgang mit Russland nach Kaukasus-Krieg und Finanzkrise

Jens Siegert, Moskau

Nach dem Georgien-Krieg ...

Es gibt im Russischen ein Wort, »likowat«, das im Wörterbuch mit »jubeln« oder auch »jubilieren« nur unzureichend übersetzt wird. Diesem russischen Jubel wohnt ein Gefühl tiefster Befriedigung inne. Aber auch von Selbstvergessenheit und echter Freude. Und spätere Folgen sind im Augenblick eines solchen Jubels nicht nur egal. Wer daran denkt, entweicht die Schönheit des Moments. Fast eine Art Gotteslästerung. Die herrschende politische Elite und ihre Adepten bekamen sich kaum ein vor Freude, den »Amerikanern so richtig den Arsch versohlt« zu haben. Eine große Mehrheit der Menschen in Russland teilte zumindest das Gefühl einer tiefen Befriedigung nach, so sehen viele das heute, zwei Jahrzehnten der Erniedrigung. Es war der erste Sieg über die USA nach Ende des Kalten Kriegs, der wirklich zählte. Über die USA. Amerika ist nie fern in Russland, immer ganz nah. Die USA sind das Maß aller russischen (Großmacht-)Träume. Und dieses Maß hat einen durchaus realpolitischen Kern. Aber es zeigt auch eine Tragik. Denn niemals ist Russland heute für die USA genau so wichtig. Eine Quelle ständig empfundener Kränkung. Natürlich hilft die auf Hochtouren laufende Propagandamaschine nach. Aber bei ihr und der Stimmung im Land handelte es sich in den Nachkriegswochen eher um korrespondierende Röhren, als dass das Propagandagebläse das Enthusiasmusfeuer ständig am Lodern halten musste.

Und der Westen wunderte sich. Man wunderte sich über die russische Aggression (ein Lieblingswort aus dem Kremlwortschatz). Aus Moskauer Sicht wiederum war die westliche Verwunderung über den erst in München knurrenden und dann im Kaukasus marodierenden russischen Bären verwunderlich. Alles war angekündigt und vielfach angedroht, aber wohl nicht Ernst genommen worden. Das neu gewonnene russische Selbstbewusstsein suchte Bestätigung. Es fehlte nur die Gelegenheit. Micheil Saakaschwili hat sie geboten. Es scheint manchmal als ob dem Westen nur ein romantischer Blick auf Russland gelingt. Entweder reißender Grizzly oder flauschiger Teddybär. Entweder Wiedergänger der Sowjetunion oder leicht seltsames und ein wenig zu groß geratenes Transformationsland. Doch wenn ein Bärenvergleich auf das Land passt, dann muss man eher an den armen Problembären Bruno denken, der vor einigen Jahren Sommers die Alpen von Italien nach Deutschland überquerte. So fremd wie Bruno und die bildzeitungsbefeuerten Oberbayern vor ein paar Jahren stehen sich heute auch der Westen und Russland gegenüber. Glücklicherweise kann man Russland nicht so einfach abschießen wie Bruno. Der Westen und Russland werden miteinander auskommen müssen. Die Finanzkrise hat alle bereits bescheidener gemacht.

Nach dem georgischen Fünf-Tage-Feldzug war in der westlichen Öffentlichkeit sofort von einer Zeitenwende die Rede. Auch in Russland wird das in weiten